



**FÜR EINE
SOZIALPOLITIK,
DIE WIRKT!**

**Positionen für die
Koalitionsverhandlungen 2023**



Liga der Freien Wohlfahrtspflege in Hessen e.V.

Inhaltsverzeichnis

1. In Kürze: Darum geht es uns	2
2. Für eine Sozialpolitik, die wirkt!	3
3. Ein Teil der Gemeinschaft sein	4
4. Investieren in Zukunft und Transformation	8
5. Fachkräfte gewinnen und halten	11
6. Wohnen ist Menschenrecht	13
Literaturverzeichnis	16
Impressum	17

1. In Kürze: Darum geht es uns

Ein Teil der Gemeinschaft sein

- Unterstützung von Alleinerziehenden jetzt mit neuen Konzepten
- Mit Jugendberufshilfe zu mehr Chancengerechtigkeit
- Integration leben!
- Arbeitsmarkt inklusiv gestalten
- Inklusion in hessischen Kitas umsetzen
- Teil der Gesellschaft sein, auch im Alter
- Digital unterwegs – muss für alle gelten

Investieren in Zukunft und Transformation

- Pflegerische Infrastruktur sichern
- Kosten der Digitalisierung (re)finanzieren
- Sozial geht auch klimaneutral

Fachkräfte gewinnen und halten

- Zugänge in die Pflege erleichtern
- Heilerziehungspfleger*innen dringend gesucht...
- Jugendhilfe in Gefahr

Wohnen ist Menschenrecht

- Mehr *sozial* Wohnen
- Mitarbeitenden-Wohnen: Der Joker im Wettbewerb um Arbeitskräfte
- Weg mit den Barrieren!
- Wohnungsnotfallhilfe wirkt

2. Für eine Sozialpolitik, die wirkt!

Die Bildung der künftigen Landesregierung fällt in eine Phase multipler Krisen. Nicht nur im Bund, auch auf der Landesebene werden viele wichtige Maßnahmen zu treffen sein, die den Menschen gut erklärt werden müssen, damit das Vertrauen in die politischen Akteure wieder gestärkt werden kann.

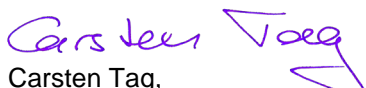
Sozialpolitik, die Lösungen für gesellschaftliche und soziale Problemlagen aufzeigt, ist notwendig. Sozialpolitik, die wirkt, ist gefordert!

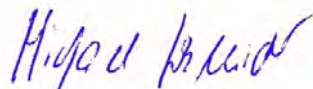
Gute Sozialpolitik sollte die Menschen unterstützen, die staatliche Hilfe in besonderem Maße brauchen. Sie sollte aber auch die Menschen befähigen, ihre persönliche Lage zu verbessern und ein selbstbestimmtes Leben in Würde ermöglichen.

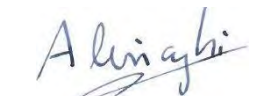
Als starkes sozialpolitisches Bündnis sind wir als Liga der Freien Wohlfahrtspflege in Hessen e. V. wichtige Gestaltungskraft von Sozialpolitik und möchten mit diesem Papier der künftigen Hessischen Landesregierung aufzeigen, wo die Sozialpolitik nachsteuern muss.

Es ist zukünftig wichtig, Wirtschaft und Soziales zusammenzudenken. Beide Handlungsfelder brauchen sich gegenseitig. Dann können wir auch **mehr Fachkräfte gewinnen und halten** und **mehr bezahlbaren Wohnraum schaffen**. Wir brauchen ein Hessen, in dem **sich die Menschen gesehen und willkommen fühlen**. Mit wirksamen **Investitionen in Digitalisierung und die sozial-ökologische Transformation** kann die künftige Landesregierung das Land Hessen noch besser, lebenswerter, machen.

An die neue Landesregierung gerichtet, sagen wir: Lassen Sie uns gemeinsam die Herausforderungen angehen. Wir übernehmen Mitverantwortung für ein gutes Miteinander.


Carsten Tag,
Liga-Vorstandsvorsitzender


Michael Schmidt,
stellvertretender Liga-
Vorstandsvorsitzender


Dr. Yasmin Alinaghi,
stellvertretende Liga-
Vorstandsvorsitzende

3. Ein Teil der Gemeinschaft sein

Unterstützung von Alleinerziehenden jetzt mit neuen Konzepten

Jedes siebte minderjährige Kind (16%) in Hessen wächst bei alleinerziehenden Elternteilen auf. Während die relative Einkommensarmut im Jahr 2022 in Hessen bei durchschnittlich 18,1 Prozent lag, waren unter Alleinerziehenden fast jede*r zweite von Armut bedroht (46,8%; Mikrozensus 2022 / Hessisches Statistisches Landesamt). In absoluten Zahlen bedeutet das: Von den 1,1 Mio. Kinder unter 18 Jahren, die in Hessen leben, leben rund 176.000 Kinder in Haushalten mit nur einem Elternteil. Von diesen 176.000 Kindern leben rund 82.368 Kinder unterhalb der Armutsgefährdungsgrenze (eigene Berechnung). Sowohl die betroffenen Kinder als auch deren Mütter – laut Hessischem Landessozialbericht 2022 waren mehr als 90 Prozent der alleinerziehenden Frauen – brauchen unsere Unterstützung. Denn Arbeits- und Familienleben lassen sich zu oft nicht miteinander vereinbaren.

Die Politik möchte Alleinerziehenden und ihren Kindern soziale und berufliche Teilhabe ermöglichen, Bildungsgerechtigkeit schaffen und zugleich Altersarmut von Frauen vorbeugen. Dazu empfehlen wir:

- Aufbau einer landesgeförderten niedrighschwelliger Unterstützungsstruktur von haushaltsnahen Dienstleistungen. Es braucht flexibel abrufbare Betreuungsmöglichkeiten („Babysitter“) z. B., um Spätschichten und berufliche Termine außerhalb der Betreuungszeiten abzudecken und damit Betreuungslücken in Alleinerziehenden-Familien zu schließen¹.
- Ausbau und qualitative Verbesserung der Betreuungsmöglichkeiten, die armutssensibel und kindgerecht konzipiert werden, wenn Kinder länger betreut werden, während andere Kinder längst abgeholt wurden (nachmittags oder in den Ferien).
- Ausbau und Stärkung familienorientierter Infrastruktur wie Nachmittagsbetreuung in Schulen, Ferienspiele, Freizeitangebote für Ein-Eltern-Familien, Vergünstigungen im Nahverkehr.
- Einsatz für die Verbesserung, Flexibilisierung und Anpassung von Arbeitsbedingungen in hessischen Betrieben und Behörden an die Situation von Alleinerziehenden (z. B. durch die Initiierung von Vernetzung, Austausch, Runde Tische, Zertifizierungen).
- Wahlmöglichkeit zwischen „Mutter-Kind-Kuren“ und regelhafter Unterstützung im Alltag über einen längeren Zeitraum hinweg.

Mit Jugendberufshilfe zu mehr Chancengerechtigkeit

Eine starke Jugendberufshilfe eröffnet jungen Menschen Chancen zu gesellschaftlicher Teilhabe und unterstützt sie auf ihrem Weg in eine Berufsausbildung. Laut Statistischem Bundesamt gelten im Jahr 2022 14.6 Prozent der 18- bis 24-Jährigen in Hessen als „frühe Schulabgänger*innen“. Das bedeutet, dass sie die weder über eine Hochschulzugangsberechtigung

¹ Der 3. Hessische Landessozialbericht verweist dazu auf das Projekt „Sonne, Mond und Stern“ in NRW

wie Abitur oder die Fachhochschulreife noch über eine abgeschlossene Berufsausbildung verfügen und derzeit nicht an Aus- und Weiterbildungsmaßnahmen teilnehmen.

Die Politik möchte alle Jugendlichen erreichen und ihnen den Weg in eine Ausbildung und in den Job ermöglichen. Was sie hierfür tun kann:

- Produktionsschulen und Jugendwerkstätten gehören zu den wichtigsten Instrumenten, um benachteiligte Jugendliche zu erreichen; Landesprogramme sollten eine Regelförderung zu Verfügung stellen, um Verwaltungsaufwand zu reduzieren und Kontinuität bei dem Personal zu gewährleisten.
- Ein hessenweites Monitoring-System über den Ausbildungsstatus für alle Schulabgänger*innen sollte eingeführt werden, um zu verhindern, dass „unversorgte“ Jugendliche „verloren“ gehen.
- Für Jugendberufsagenturen braucht es ein Landeskonzept, damit hessenweit in allen 26 Gebietskörperschaften Anlaufstellen digital und vor Ort mit einheitlichen Qualitätsstandards und entsprechender Ressourcenausstattung existieren.
- Alle Ausbildungsbewerber*innen in Hessen brauchen eine Ausbildungsgarantie. Neben der betrieblichen Ausbildung sollen außerbetriebliche Ausbildungsstätten ausgebaut werden; zudem sollte die Landesregierung einen umlagefinanzierten Ausbildungsfonds gründen, in den hessische Betriebe einzahlen, die selbst nicht ausbilden.

Integration leben!

Als Wohlfahrtsverbände ist es unser Anliegen, die sozial- und integrationspolitische Zukunft Hessens mitzugestalten. Unser Ziel ist die Abkehr von einer (Förder-)Politik, die Integration als Projektbetrieb begreift. Integrationspolitik muss ein fester Bestandteil politischen Handelns werden. Dazu braucht es auch eine tragfähige hauptamtliche Regelstruktur.

Geflüchtete Menschen, die zu uns kommen, brauchen Schutz und eine Hilfestruktur. Dafür muss die Politik sorgen:

- Beratung - landesgefördert und unabhängig
- Einrichtung eines Landesfonds zur professionellen Sprachmittlung für alle
- Beratungsleistungen der Sozialgesetzbücher
- Sicherstellung flächendeckender Integrationsberatung für alle Menschen mit Zuwanderungs- und Fluchtgeschichte, unabhängig vom Aufenthaltsstatus

Viele andere Bundesländer sind längst zu der Erkenntnis gelangt, dass die Bundesmittel für die Migrationsberatungsstellen (MBE) nicht ausreichen, um den quantitativen Beratungsbedarf decken zu können. Daher investieren sie Landesmittel in zusätzliche regionale Beratungsstellen (u. a. Nordrhein-Westfalen, Schleswig-Holstein, Niedersachsen, Rheinland-Pfalz, Hamburg und Bayern) – nicht so Hessen.

Das hessische Sozial- und Integrationsministerium sieht die Bereitstellung von Mitteln für Migrations- und Flüchtlingsberatungsstellen als eine reine Bundesaufgabe. Diese Auffassung

teilen wir ausdrücklich nicht. Nach § 45 Aufenthaltsgesetz sind der Bund, explizit aber auch die Länder dafür zuständig, migrationsspezifische Beratungsangebote vorzuhalten. Die vom Land Hessen finanzierten WIR-Zentren/-koordinator*innen führen laut der Richtlinie keinerlei Einzelfallberatung durch.

Gesundheitsversorgung

Mindestens neun Bundesländer haben bereits eine elektronische Gesundheitskarte eingeführt: Berlin, Brandenburg, Bremen, Hamburg, Schleswig-Holstein und Thüringen, Niedersachsen, Nordrhein-Westfalen und Rheinland-Pfalz. Die hessische Landesregierung sollte die Gespräche und Verhandlungen zur Einführung einer elektronischen Gesundheitskarte für Flüchtlinge im AsylbLG-Grundleistungsbezug wieder aufnehmen.

Hier sehen wir Handlungsbedarf für die Politik:

- Finanzierung von Clearingstellen für Menschen ohne Krankenversicherung inklusive Behandlungsfonds
- Einführung eines anonymen Behandlungsscheins
- Finanzierung professioneller Sprachmittlung im Gesundheitswesen bis zur Einführung der Kostenübernahme im SGB V auf Bundesebene
- Elektronische Gesundheitskarte für Flüchtlinge

Wir schlagen außerdem die Einrichtung folgender Gremien und Funktionen vor:

- Eine/einen unabhängige/n Landesintegrationsbeauftragte/n
- Einen Landesbeirat für Integrations- und Migrationsfragen, der die (förder-) politischen Leitlinien und Maßnahmen für alle zugewanderten und geflüchteten Menschen kontinuierlich überprüft, anpasst und fortschreibt
- Eine Integrationskommission, angesiedelt beim Hessischen Landtag, in der neben Fraktionsmitgliedern auch Nichtregierungsorganisationen vertreten sind

Arbeitsmarkt inklusiv gestalten

Menschen mit Behinderung brauchen einen verbesserten Zugang in die Arbeitswelt. Insbesondere für Beschäftigte in Werkstätten für Menschen mit Behinderung (WfbM) sollen die Übergänge in Inklusionsbetriebe, Außenarbeitsplätze und auf dem allgemeinen Arbeitsmarkt verbessert werden.

Politik in Hessen möchte mehr Menschen mit Behinderungen im Arbeitsmarkt fördern. Das braucht es:

- Das neugeregelte Budget für Arbeit muss (noch) stärker eingesetzt werden. Zudem erwarten wir als Liga-Verbände, dass sich die Koalitionspartner darüber hinaus zum Erhalt und zur Weiterentwicklung der WfbM bekennen, die als Teil eines inklusiven Arbeitsmarkts gesehen werden.

Inklusion in hessischen Kitas umsetzen

Mit der bestehenden „[Rahmenvereinbarung Integrationsplatz](#)“ wird der Weg der Integration von Kindern mit Behinderung in den Kindertageseinrichtungen fortgesetzt und von vielen Beteiligten und Verantwortlichen getragen. Wir brauchen hier einen festen gestalterischen Rahmen für Inklusion und Integrationsmaßnahmen im Hessischen Kinder- und Jugendgesetzbuch und eine Teilhabe und Zugang ins Betreuungssystem für jedes Kind (ob mit oder ohne Förderbedarf).

Die Politik möchte für alle Kinder mit Behinderung in den Kitas eine inklusive Betreuung, Bildung und Erziehung im Sinne der UN-Behindertenrechtskonvention. Das braucht es dafür:

- Zur Umsetzung der inklusiven Lösung (KJSG) bis 2027 sind ausreichend personelle Ressourcen auf Jugendamts- und Einrichtungsebene zur Verfügung zu stellen.
- Zur Harmonisierung der verschiedenen Systeme, Akteure (Eingliederungshilfe und Jugendhilfe) und Zuständigkeiten ist eine konstruktive Begleitung durch das Land geboten, um diesem sensiblen Handlungsfeld gerecht zu werden.
- Die Fachkräftevorgaben nach §25b des HKJGB sind entsprechend der besonderen Bedarfe einer inklusiven Praxis neu zu bewerten und entsprechend zu erweitern.
- Wir fordern den Rahmen für Inklusion und Integrationsmaßnahmen künftig im HKJGB festzuschreiben. Eine Anpassung und Erweiterung des §25b HKJGB ist notwendig.

Teil der Gesellschaft auch im Alter

Rund 370.000 Pflegebedürftige gibt es in Hessen – über 80 Prozent von ihnen werden von ihren Angehörigen zu Hause betreut. Sie möchten Teil unserer Gesellschaft bleiben, möglichst selbstbestimmt leben können.

Die Politik möchte pflegebedürftige Menschen und ihre Angehörigen in Hessen unterstützen. Dazu empfehlen wir:

- Eine stärkere Vernetzung aller an der Versorgung beteiligter Akteure in den Regionen. Grundlage dafür ist eine sozialräumlich orientierte Altenhilfeplanung, die durch das Land auf Ebene der Kommunen umgesetzt wird. Diese soll Angebote vor Ort fördern, die ältere Menschen, Pflegebedürftige und ihre Familien tatsächlich erreichen – um bspw. Einsamkeit zu reduzieren. Für die Umsetzung braucht es regionale Pflege- und Gesundheitskonferenzen mit allen beteiligten Akteuren.
- Damit Menschen auch ihren Bedarfen entsprechende Angebote in Anspruch nehmen können, müssen Pflegestützpunkte als wichtige, wohnortnahe Beratungseinrichtungen, flächendeckend ausgebaut werden. Diese können umfassende Beratungs- und Koordinierungstätigkeiten übernehmen und durch präventive Hausbesuche für Pflegebedürftige und ihre Familien da sein, bevor ein Pflegebedarf entsteht.

Digital unterwegs – muss für alle gelten

Digitale Teilhabe ist gesellschaftliche Teilhabe. Daher ist es notwendig, den barrierefreien Zugang zum Internet für alle Menschen möglich zu machen. Auch Menschen mit geringem Einkommen oder im Sozialleistungsbezug, Menschen mit Sprach- oder Vermittlungshemmnissen, ältere Menschen mit geringen digitalen Kompetenzen und Menschen mit Beeinträchtigungen benötigen freien barrierearmen Zugang zum Internet. War früher der Fernseher ein wichtiges Medium für Information und Teilhabe, ist es heute der Zugang zum Internet über mobile Endgeräte.

Um allen Menschen den Zugang zum Internet zu ermöglichen, braucht es freie WLAN-Zugänge:

- In allen hessischen Kommunen und daneben auch analoge Wege zu öffentlichen Dienstleistungen.
- In Jobcentern, Kommunalverwaltung und Beratungsstellen der Wohlfahrtsverbände für sozial benachteiligte Menschen, damit sie existenzsichernde Leistungen beantragen können. So wird auch den Vorgaben des Onlinezugangsgesetzes Rechnung getragen.

4. Investieren in Zukunft und Transformation

Bundesweite Insolvenzen und Betriebsschließungen von Pflegeeinrichtungen sowie zahlreiche Abfragen der Verbände bei ihren Einrichtungen lassen keinen Zweifel an der prekären Situation in der Pflege. Die Versorgung von Menschen mit Hilfe- und Pflegebedarf ist nicht mehr flächendeckend sichergestellt. Bereits jetzt müssen Menschen viel zu lange warten, bis sie die Versorgung erhalten, die sie eigentlich benötigen.

Fast alle Pflegedienste haben lange Wartelisten, stationäre Einrichtungen müssen wegen Personalmangel zum Teil ganze Wohnbereiche schließen und neue Wohnformen sind Mangelware. Eine regionale Steuerung der Versorgung durch die Kommune ist in der Regel nicht umgesetzt.

Pflegerische Infrastruktur sichern

Die Politik will eine gute, flächendeckende Infrastruktur und verlässliche Daseinsvorsorge. Dafür empfehlen wir dem Land Hessen:

- Sich wieder aktiv am Neu- und Ausbau der pflegerischen Infrastruktur zu beteiligen und drastisch die öffentliche Förderung zu erhöhen. So kann das Land Hessen seine gesetzlich verankerte Verantwortung, eine leistungsfähige Versorgungsstruktur vorzuhalten, sicherstellen.
- Investitionen in Maßnahmen zum Klimaschutz sowie der Klimaanpassung zum Schutz der pflegebedürftigen Menschen zu fördern, denn das Investitionsrisiko auf dem Weg zur

Klimaneutralität darf nicht allein von den Pflegeeinrichtungen getragen werden. Die Kosten für Pflegebedürftige und ihre Angehörigen dürfen nicht noch stärker ansteigen.

- Für eine kurzfristige Hilfestellung ein Soforthilfeprogramm / Pflegezukunftsfonds einzurichten. Dieser soll für Modernisierungen zum Klimaschutz schnelle Abhilfe schaffen und Insolvenzen vermeiden. Außerdem kann hierüber ein Versorgungssystem der Zukunft - auch durch andere Wohnformen und barrierefreien Wohnraum für ältere Menschen – weiterentwickelt werden.

Die Politik möchte mehr Menschen für die Pflege begeistern, das kann sie tun:

- Ausbildung für Pflegeschulen attraktiver zu gestalten. Nur noch knapp die Hälfte der Pflegeschulen in Hessen bilden Altenpflegehelfer*innen aus. Um die Ausbildungskapazität zu erhöhen, müssen dringend die Rahmenbedingungen für Pflegeschulen verbessert werden und Anreize für die Schulen gesetzt werden, sich der einjährigen Pflegeausbildung anzunehmen. **Dazu braucht es ein tragfähiges Finanzierungskonzept, welches die Kosten für die Pflegehelferausbildung in Form einer Landesumlage sicherstellt und in Form einer Kursfinanzierung gestaltet ist** – So werden auch kleinere Kurse angeboten und Kurse können, trotz Abbrecher*innen, finanziell deckend für die Schulen sein.

Und wenn wir über die Grenzen von Hessen hinausschauen:

Soll sich das Land auch auf Bundesebene für eine grundlegende **Pflegereform** einsetzen – damit der Eigenanteil der Versicherten festgeschrieben wird: Durch den sog. Sockel-Spitzen-Tausch. Das heißt, alle Pflegebedürftigen beteiligen sich mit einem festgelegten Eigenanteil an der Versorgung, alle darüber hinaus gehenden Kosten zahlen Pflege- und Krankenversicherung anteilig.

Kosten der Digitalisierung (re)finanzieren

Beratung der Wohlfahrtsverbände findet zunehmend online statt. Sowohl unsere Klient*innen als auch unsere Mitarbeiter*innen sind Teil der Digitalisierung, aber Investitionen in die Digitalisierung hinken hinterher. Weil gemeinnützige Einrichtungen diese Kosten selbst nicht ausreichend erwirtschaften können, stagnieren notwendige Veränderungen innerverbandlicher Organisationsprozesse. Viele soziale Leistungen der Wohlfahrtsverbände werden von den Kostenträgern (z. B. Krankenkassen, Kommunen oder dem Land Hessen) refinanziert. Die Kosten für Digitalisierungsprozesse, digitale Beratung oder digitale Ausstattung sind oft nicht berücksichtigt.

Die Politik möchte, dass die Wohlfahrtspflege digital ist und auf einem ethischen Rahmen basiert. Das Land kann hier Folgendes tun:

- Der Zugang zum Internet muss Teil der Regelsatzleistung und -finanzierung werden.
- Das Land muss gemeinnützigen Einrichtungen in der Digitalisierung ihrer Leistungen und Strukturen unterstützen, indem die Refinanzierung im Leistungsrecht bei Kostenträgern

anerkannt und eine digitale Ausstattung zum Standard wird. Das bedeutet auch die Erhöhung der Sachkosten.

- In den Beratungsstrukturen sollten neben der Präsenzberatung digitale Angebote durch Landesförderung unterstützt und weiterentwickelt werden.
- Insbesondere die Schwangerschafts(konflikt)beratung benötigt eine Anhebung der Sachkostenpauschale von 20 auf 25%.
- Investieren in wirksame Gegenmaßnahmen, so dass Hass und Hetze sowie Gewaltaspekte im Internet und in den sozialen Medien keinen Platz haben.

Sozial geht auch klimaneutral

Das Land Hessen hat zur Erreichung der Pariser Klimaschutzziele einen Klimaplan für Hessen erstellt, den es nun umzusetzen gilt. Als Liga Hessen begrüßen wir die Bemühungen der Landesregierung zur Erreichung der Klimaschutzziele und möchten unseren Beitrag leisten. Großes Potenzial zur CO₂-Reduktion liegt insbesondere im Bereich der Sozialimmobilien. Dazu zählen unter anderem Pflegeheime, Kindergärten, Krankenhäuser und Wohneinrichtungen. Die Energieversorgung der etwa 100.000 Sozialimmobilien in Deutschland verursacht einer Berechnung zufolge einen CO₂-Ausstoß von bis zu 14 Millionen Tonnen pro Jahr. **Soziale Einrichtungen könnten nach der Durchführung einer energetischen Sanierung durchschnittlich 70 Prozent der aktuell benötigten Energie selbst herstellen bzw. einsparen.**

Die derzeitige Finanzierung der gemeinnützigen sozialen Einrichtungen in Hessen erfolgt über Bundesprogramme, Landesprogramme und kommunalisierte soziale Hilfen, Rahmenverträge mit Kostenträgern und Zuwendungen durch Land und Kommunen.

Die komplexe Finanzierungsstruktur hat aber gemein, dass dabei keine Kosten für Maßnahmen des Klimaschutz vorgesehen sind.

Damit die Sozialwirtschaft zur Erreichung der Klimaschutzziele beitragen kann:

- Müssen Investitionen in den Klimaschutz dringend ein Bestandteil der hessischen Landesrahmenverträge werden und die entsprechenden Klimastandards bei Neu- und Ersatzbauten sowie die Kostenrichtwerte angepasst werden.
- Müssen Leistungs- und Kostenträger in die Lage versetzt werden, Maßnahmen zur energetischen Sanierung als betriebsnotwendig einzustufen und zu genehmigen, um die Refinanzierung derartiger Maßnahmen sicherzustellen.

5. Fachkräfte gewinnen und halten

Der Fachkräftemangel im sozialen Sektor in Hessen ist ein wachsendes Problem. Vor allem betroffen: Altenpflege, Eingliederungshilfe, Kinderbetreuung, (Jugend)Sozialarbeit. Immer mehr ältere Menschen brauchen die Angebote der Wohlfahrtspflege, während es auf der anderen Seite immer weniger Arbeits- und Fachkräfte gibt. Die Soziale Arbeit ist eine erfüllende, aber auch anspruchsvolle Arbeit, die emotional und körperlich belastend sein kann. Insgesamt gilt es die Arbeitsbedingungen zu verbessern.

Zugänge in die Pflege erleichtern

Eine Erhöhung der Ausbildungskapazität für die einjährige Pflegeausbildung ist dringend nötig. Laut Hessischem Pflegemonitor hat die Liga in Hessen ein Defizit von 2.900 Schulplätzen bis Ende 2023 ausgemacht. Laut Bundesamt für Familie und zivilgesellschaftliche Aufgaben (BAFzA) bieten von den 99 Pflegeschulen in Hessen nur die Hälfte eine Pflegehelfer*innen-ausbildung an.

Die Politik will mehr Fachkräfte für die Pflege gewinnen. Das braucht es:

- Einen Anreiz für die Schulen, sich der 1-jährigen Pflegeausbildung anzunehmen.
- Der bürokratische Aufwand für die Kompetenzfeststellung und Anerkennung von Berufserfahrung muss reduziert werden. Hier möchten wir gemeinsame Lösungsansätze mit der Politik in Hessen.

Heilerziehungspfleger*innen dringend gesucht...

Immer weniger Menschen entscheiden sich, Heilerziehungspfleger*in (HEP) zu werden. Laut dem Bundesinstitut für Berufliche Bildung (BIPP) gab es im Jahr 2019 in Hessen 871 Schüler*innen in Ausbildung. Ein Jahr später waren es nur noch 249 Absolvent*innen der Heilerziehungspflege. Woran liegt das: Die Zugangsvoraussetzungen sind im Bundesvergleich sehr hoch und die Ausbildung dauert länger als in anderen Bundesländern. Personen mit mittlerem Bildungsabschluss müssen vor der Ausbildung drei Jahre berufliche Vorerfahrungen oder eine Sozialassistentenausbildung (2 Jahre) vorweisen.

Diese Wegstrecke ist zu lang und zu teuer, weil in dieser Zeit kaum ein nennenswerter Verdienst möglich ist! HEPs verdienen im Durchschnitt in Hessen als Einstiegsgehalt Brutto Vollzeit ca. 3.100 Euro. Das ist zu wenig, um in Ballungszentren bezahlbaren Wohnraum zu finden und für sich und eine Familie eine Existenz aufzubauen. Die Arbeit im Bereich der Eingliederungshilfe darf gegenüber anderen Arbeitsfeldern im Sozial-, Pflege- und Gesundheitsbereich nicht schlechter gestellt werden.

Die Politik möchte mehr Fachkräfte im Bereich der Eingliederungshilfe gewinnen. Dafür braucht es:

- Eine konzertierte landesweite Aktion zur Gewinnung und Sicherung von Fachkräften für das Arbeiten in der Eingliederungshilfe, unter Einbezug der Liga Hessen und

Selbstvertretungen von Menschen mit Behinderungen mit dem Ziel der Steigerung der Attraktivität von Berufen in den Arbeitsfeldern der Eingliederungshilfe.

- Eine Anpassung der Ausbildungsverordnung für den Beruf der Heilerziehungspflege an einen bundesweiten Standard. Das heißt: Verkürzung der beruflichen Vorerfahrungen, Abschaffung des Schulgeldes für die Schüler*innen (Kostenübernahme durch Landesmittel analog Schulgeldfreiheit in Gesundheitsfachberufen!), Zugangserleichterungen für Hauptschüler*innen, Quereinsteiger*innen, ausländische Studierende und Fachkräfte.
- Verbesserung und Erleichterung der Aufnahme von ausländischen Fach- und Arbeitskräften für die Eingliederungshilfe, u.a. durch eine stärkere Flexibilisierung bei der Anerkennung von Referenzberufen und insgesamt im Verfahren der Gleichwertigkeit.
- Durchlässige Systeme der Aus-, Fort- und Weiterbildung von Berufsbildern in der Eingliederungshilfe und Übernahme der Fort- und Weiterbildungskosten durch das Land.

Jugendhilfe in Gefahr

In allen Einrichtungen der Hilfen zur Erziehung fehlen im Alltag pädagogische Fachkräfte. Einzelne Einrichtungen müssen bereits Gruppen schließen. Das hat zur Folge, dass junge Menschen in den Jugendhilfeeinrichtungen ihr vertrautes Lebensumfeld verlassen müssen oder freie Plätze fehlen, um dringende Inobhutnahmen umzusetzen. Gleichzeitig ist der Stand von Kindeswohlgefährdungen in Hessen so hoch wie nie. Durch den ebenfalls steigenden Personalbedarf in anderen sozialpädagogischen Arbeitsfeldern, wie z. B. Schulsozialarbeit und Ganztagsbetreuung, wird die Gewinnung von Fachkräften für die stationäre Jugendhilfe weiter erschwert.

Die Politik möchte allen Kindern und Jugendlichen, die Schutz brauchen, diesen auch gewähren. Für das Hilfesystem braucht es:

- Die Förderung von Modellprojekten, die insbesondere den Zugang von Quereinsteiger*innen in den Jugendhilfebereich begleiten und ermöglichen.
- Jugendhilfespezifische Aus- und Weiterbildungskonzepte für Fachkräfte und Wiedereinsteiger*innen.
- Die Errichtung eines Krisengipfels zur Lösung der akuten Personalprobleme sowie eine Erhöhung von Ausbildungskapazitäten für Erzieher*innen und Sozialpädagog*innen.
- Finanzhilfen für Träger der Erziehungshilfen, um Ausbildungsplätze zu schaffen.
- Eine Stärkung der Freiwilligendienste.
- Kampagnen zur Gewinnung von Fachkräften für die erzieherischen Hilfen.
- Die Ausweitung der praxisintegrierten Ausbildung von Erzieher*innen(PIVA) und Fachkraftwerbung/Förderung allgemein auf den Bereich der voll- und teilstationären Kinder- und Jugendhilfe.

6. Wohnen ist Menschenrecht

Mehr sozial Wohnen

Der **soziale Wohnungsbau** ist originäre Aufgabe des Landes Hessen und wird vom Bund finanziell unterstützt. In Hessen geht die Zahl der geförderten Sozialwohnungen weiterhin dramatisch zurück, während der Bedarf weiterwächst. Die Zahl der Sozialwohnungen in Hessen hat sich in den letzten 24 Jahren von 170.000 auf einen derzeitigen Stand von rund 82.159 geförderten Wohnungen mehr als halbiert. Eine Umkehr dieses Negativtrends ist nicht in Sicht. Es bedarf verstärkter staatlicher und kommunaler Interventionen in den Wohnungsmarkt. Die Novellierung des Wohnraumförderungsgesetzes sieht erfreulicherweise eine Ausweitung des Kreises derer vor, die berechtigt sind, eine Sozialwohnung zu erhalten. Dies läuft jedoch insoweit größtenteils ins Leere, als der entsprechende Bedarf bei weitem nicht zu decken ist. Aufgrund der extremen Kostensteigerung bei Bodenpreisen und Baukosten ist der Bau von Sozialwohnungen selbst für gemeinnützig agierende Wohnungsbaugesellschaften oder Genossenschaften nicht mehr umsetzbar.

Die Politik will bezahlbaren Wohnraum schaffen und mehr Sozialwohnungen in Hessen bauen. Das kann das Land tun:

- Wesentliche Erhöhungen der Fördergelder für Sozialwohnungen in Hessen.
- Verlängerung der Bindungsdauer und der Nachwirkungsfrist für geförderte Wohnungen in Hessen.
- Aufkauf sämtlicher von großen Wohnungsbaugesellschaften (z.B. Vonovia) zum Verkauf stehender und sonstiger verfügbarer Wohnungen in Hessen.
- Weitere Ausweitung der Ausweisung von Gebieten mit angespanntem Wohnungsmarkt.
- Vermietung von Wohnungen der landeseigenen Wohnungsbaugesellschaften ausschließlich an Haushalte mit geringem Einkommen zu bezahlbaren Mieten vermieten.

Wohnraumhilfen sind gemeinnützige Organisationen, die als Zwischenmieter fungieren und so Menschen in besonderen Lebenslagen mit Wohnraum versorgen, die ansonsten keinen Zugang zum Wohnungsmarkt haben.

Laut der Liga-Studie zum Wohnraumbedarf benachteiligter Gruppen sind die Hauptgründe hierfür ein zu geringes Einkommen sowie Vorurteile und Diskriminierung. So müssen jährlich knapp 4.000 Menschen (Stichprobe der befragten Einrichtungen aus 2020) aus stationären Angeboten der Liga-Verbände in den Einrichtungen bleiben, weil sie keine Wohnung finden. Wohnraumhilfen kooperieren mit sozialen Trägern möglichst aller Hilfebereiche und kennen somit die Bedarfe der jeweiligen Zielgruppen.

Die Politik will gemeinwohlorientierte Wohnformen fördern. Das sollte sie tun:

- Ein Landesprogramm ist notwendig, um Wohnraumhilfen bedarfsdeckend zu etablieren.

- In Kooperation mit den Kommunen und Kreisen sollen diese Wohnraumhilfen Wohnraum bei Wohnungsbaugesellschaften und Privateigentümern akquirieren, anmieten und weitervermieten, bei Bedarf verbunden mit einer sozialen Mieterberatung und -betreuung.

Mitarbeitenden-Wohnen: Der Joker im Wettbewerb um Arbeitskräfte

Der Arbeits- und Fachkräftemangel sorgt insbesondere im sozialen Berufen für massive Probleme. Den Beschäftigten ist es kaum noch möglich, die hohen Mietpreise in den Ballungsräumen zu bezahlen. Entsprechend unattraktiv sind soziale Berufe bereits für viele Menschen - insbesondere in Metropolregionen und großen Städten.

Die Politik will Arbeits- und Fachkräfte für Hessen gewinnen, das kann sie tun:

- Landeseigene Wohnungsbaugesellschaften sollten mit den Verbänden der Freien Wohlfahrtspflege Konzepte für den Bau von Mitarbeitenden-Wohnungen für Auszubildende und Fachkräfte entwickeln. Best-Practice-Beispiele, die Vorbildcharakter besitzen, gibt es mittlerweile zahlreiche.

Weg mit den Barrieren!

Das Leben "mitten in der Gesellschaft" scheitert häufig an fehlendem barrierefreiem oder barrierearmen Wohnraum für Menschen mit Behinderung. Im Jahr 2018 waren bundesweit nur 1,5 % aller Wohnungen barrierearm. Bei insgesamt rund einer Million verfügbarer barrierefreier Wohnungen leben in Deutschland acht Millionen Menschen mit Behinderungen sowie 13,5 Millionen Menschen, die zu den „übrigen Senioren“ zählen, von denen ein Teil in den kommenden Jahren auch in der Mobilität beeinträchtigt sein wird (Verbändebündnis Soziales Wohnen 2020).

Die Politik möchte für die Menschen mehr barrierefreien und -armen Wohnraum anbieten. Das kann sie tun:

- Barrierefreiheit wird im hessischen Landesbaurecht umfänglich und wirksam verankert.
- Unterstützung für mehr barrierefreie Wohnungen durch eine unabhängige Beratungs- und Förderstruktur.

Wohnungsnotfallhilfe wirkt

Die neue Bundesstatistik zeigt es deutlich: Über 5.635 Personen, die in Hessen in einer Einrichtung der Wohnungsnotfallhilfe leben oder ordnungsrechtlich untergebracht sind, sind unter 18 Jahren! Für die Kinder und Jugendlichen bedeutet dies zum einen, den oft traumatischen Prozess des Wohnungsverlusts bis hin zur Zwangsräumung miterleben zu müssen. Ein Wechsel des sozialen Umfelds und der Schule wird notwendig und zum anderen ist die unsichere Wohnsituation eine große Belastung. Wohnraumhilfen sind wichtige Einrichtungen, die wirksam Wohnraumverlust verhindern können, wie vielfältige Erfahrungen zeigen.

Als hessische Landesregierung wollen Sie Wohnungslosigkeit verhindern. Das braucht es dazu:

- Die neue Landesregierung muss ein Förderprogramm für flächendeckende Fachstellen zur Verhinderung von Wohnungslosigkeit auch im ländlichen Raum einführen.
- Die Mitarbeitenden in den Fachstellen sind Ansprechpartner*innen für Mieter*innen wie für Vermieter*innen und haben als oberstes Ziel, einen Mietvertrag für beide Parteien zu erhalten. Diese Beratungsstellen sollen außerdem mit genug Ressourcen ausgestattet sein, um lokale Präventionsnetzwerke aufzubauen.

Literaturverzeichnis

Hessisches Statistisches Landesamt: Mikrozensus, 16.10.2023: <https://statistik.hessen.de/presse/relative-einkommensarmut-in-hessen-im-jahr-2022>

3. Hessischer Landessozialbericht, Dezember 2022: https://soziales.hessen.de/sites/soziales.hessen.de/files/2022-12/hmsi_landessozialbericht_2022_ua.pdf

Statistisches Bundesamt, Destatis 2023: Frühe Schulabgängerinnen und Schulabgänger: <http://dns-indikatoren.de/4-1-a/>

Jugendliche ohne Hauptschulabschluss / Demographische Verknappung und qualifikatorische Vergeuerung; Klaus Klemm / Bertelsmann Stiftung, März 2023: https://www.bertelsmann-stiftung.de/fileadmin/files/user_upload/Jugendliche_ohne_Hauptschulabschluss_Klemm_final.pdf

Berufsbildungsbericht 2022: https://www.bmbf.de/SharedDocs/Downloads/de/2022/berufsbildungsbericht-2022.pdf?__blob=publicationFile&v=1

Anzahl Pflegebedürftiger in Hessen: <https://statistik.hessen.de/presse/zahl-der-pflegebeduerftigen-in-hessen-weiter-angestiegen>

Maria Zöller: Ausbildung in der Heilerziehungspflege. Ein Bundesländervergleich 2020. Bundesinstitut für Berufsbildung, 1. Aufl. 2021: <https://www.bibb.de/dienst/publikationen/de/17184>

Klimaplan für Hessen, Gesundheits- und Sozialbereich (S. 52): <https://www.klimaplan-hessen.de/der-klimaplan-hessen>

Prof. Dr. Bernd Halfar, Prof. Dr. Jürgen Zerth; in: Energieeffizienz: 100.000 Sozialimmobilien sanieren: <https://transforming-economies.de/energieeffizienz-100-000-sozial-immobilien-sanieren/>

Studie Liga Hessen: Wohnraumbedarf benachteiligter Gruppen: https://www.liga-hessen.de/fileadmin/user_upload/Dokumente/QAG_Wohnen/20210525_Studie_zum_Wohnraumbedarf_fur_benachteiligte_Gruppen.pdf

Kurzstudie: Bezahlbarer Wohnraum 2021. Herausforderungen - Belastungen – Notwendigkeiten – Potenziale; beauftragt durch: Verbändebündnis „Soziales Wohnen“, Dez 2020: <https://www.dgfm.de/fileadmin/01-DGFM/downloads/studien-wohnungsbau/Bezahlbares-Soziales-Wohnen-2021-01-08.pdf>

Der Faktencheck zum hr-Triell vor der Landtagswahl: <https://www.hessenschau.de/politik/landtagswahl/der-faktencheck-zum-hr-triell-vor-der-hessen-wahl-v1,ltw23-triell-faktencheck-100.html>

Zu Sozialwohnungen: <https://wirtschaft.hessen.de/wohnen-bauen/bezahlbarer-wohnraum-in-hessen/erfolge-der-hessischen-wohnungspolitik>

Untergebrachte wohnungslose Personen - Statistisches Bundesamt (destatis.de): https://www.destatis.de/DE/Themen/Gesellschaft-Umwelt/Soziales/Wohnungslosigkeit/_inhalt.html#639744

Die [Liga der Freien Wohlfahrtspflege in Hessen e. V.](#) ist der Zusammenschluss der sechs hessischen Wohlfahrtsverbände. Sie vertritt die Interessen der hilfebedürftigen und benachteiligten Menschen gegenüber der Politik ebenso, wie die Interessen ihrer Mitgliedsverbände. Mit ca. 7.300 Einrichtungen und Diensten sind die Mitgliedsverbände ein bedeutender Faktor für die Menschen, für eine soziale Infrastruktur und für die Wirtschaft in Hessen. Nah an den Menschen und ihren Bedürfnissen wissen die rund 113.000 beruflich Beschäftigten und rund 160.000 ehrenamtlichen Mitarbeiter*innen in Pflegeeinrichtungen, Behinderteneinrichtungen, Werkstätten, Tagesstätten, Bildungsstätten, Beratungsstellen, in den Frühförderstellen, ambulanten Diensten und anderen Einrichtungen um die sozialen Belange und die realen Rahmenbedingungen in Hessen. Diese Kenntnisse bringt die Liga in die politischen Gespräche auf Landesebene und mit Verhandlungspartnern und Kostenträgern ein.

Impressum

Herausgeber

Liga der Freien Wohlfahrtspflege in Hessen e. V.
Luisenstr. 26
65185 Wiesbaden
Tel. 0611 – 308 1434
info@liga-hessen.de
www.liga-hessen.de

Redaktion

Arbeitskreise, Fachgruppen und Querschnittsarbeitsgruppen in der Liga Hessen, Petra Goertz, Dr. Andrea Braun, Erika Gebhardt, Sabine Kamien (Liga-Geschäftsstelle)

Layout

Sabine Kamien | Liga Hessen
Bildmaterial: www.canva.com

November 2023



Landesverband
der Jüdischen
Gemeinden in
Hessen K. d. & R.

Liga der Freien Wohlfahrtspflege in Hessen e. V.